



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

45/2014 07.11.2014

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Jochen Tews

[Die Betriebsanlage in der Abfallwirtschaft – ausgewählte Rechtsfragen](#)

Die Studie erörtert in vergleichender Darstellung praxisrelevante Rechtsfragen des Anlagenrechts der Abfallbehandlungsanlagen, sowohl vor dem Hintergrund des AWG 2002 wie auch der GewO 1994 als anlagenrechtlicher Referenzmaterie. Das detaillierte Inhaltsverzeichnis sehen Sie [hier](#).

Der Autor wechselte nach Ablegung der Anwaltsprüfung in die Privatwirtschaft und ist stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung eines großen österreichischen Abfallwirtschaftsunternehmens.

42 Euro, 1. Auflage, XVI und 172 Seiten, broschiert, Stand 01.05.2014, ISBN 978-3-902883-18-6

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 75/2014](#)

Bundesgesetz über die Zustimmung und Ermächtigung zur **Verwertung und Übertragung von unbeweglichem und beweglichem Bundesvermögen** sowie Änderung des **Bundesimmobiliengesetzes** (Verwertung von nicht mehr benötigtem unbeweglichem, beweglichem Bundesvermögen und ehemals deutschem Eigentum zur Erlösaufbringung sowie unentgeltliche Übereignung einer Auslandsliegenschaft; Anpassung und Richtigstellung der Anlagen zum BundesimmobilienG)

[BGBl II 270/2014](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit, mit der die **Pharmazeutische Fachkräfteverordnung** geändert wird

[BGBl II 271/2014](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zur Durchführung von **zeitlich begrenzten Sonderstützungsmaßnahmen für Erzeuger von bestimmtem Obst und Gemüse** aufgrund der Importsperrern nach Russland

[BGBl II 272/2014 \(Anlage 1\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **IG-L – Abgas-klassen-Kennzeichnungsverordnung** geändert wird

[BGBl II 273/2014](#)

Verordnung der Bundesregierung über den **Status des Ständigen Schiedshofs in Österreich**

[BGBl II 275/2014](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, mit der die **Kosmetikartikelerzeuger-Verordnung** geändert wird

[BGBl III 205/2014 \(Satzungstext\)](#)

Satzung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht

II. Amtsblatt der EU

[ABl L 313 v 31.10.2014, 1](#)

Verordnung (EU) Nr 1150/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Oktober 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 374/2014 über die **Senkung oder Abschaffung von Zöllen** auf Waren mit Ursprung in der **Ukraine**

[ABl L 317 v 04.11.2014, 1](#)

Verordnung (EU, Euratom) Nr 1141/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über das **Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien** und europäischer **politischer Stiftungen**

[ABl L 317 v 04.11.2014, 28](#)

Verordnung (EU, Euratom) Nr 1142/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) Nr 966/2012 im Hinblick auf die **Finanzierung europäischer politischer Parteien**

[ABl L 317 v 04.11.2014, 35](#)

Verordnung (EU) Nr 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die **Prävention** und das Management der **Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten**

[ABI L 317 v 04.11.2014, 56](#)

Verordnung (EU) Nr 1144/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über **Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse** im Binnenmarkt und in Drittländern und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 3/2008 des Rates

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

12.09.2014, [U 2346/2012](#)

AsylG; StatusRL; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Asylantrags eines staatenlosen Palästinensers und Ausweisung in den Libanon wegen objektiver Willkür infolge Verkennung der durch die Rechtsprechung des EuGH geklärten Rechtslage; Unterlassung der Prüfung eines etwaigen Vorliegens des „**ipso facto**“-Schutzes der **Statusrichtlinie**

18.09.2014, [E 910/2014](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung von Asyl und subsidiärem Schutz aufgrund Außer-Acht-Lassung des konkreten Sachverhalts sowie unzureichender Auseinandersetzung mit den Ermittlungsergebnissen betreffend die Verfolgungslage Homosexueller in Nigeria

19.09.2014, [V 47/2013](#)

Ktn StraßenG; Zurückweisung eines Individualantrags auf Aufhebung einer **Einreihungsverordnung** zur Gänze **mangels Eingriffs** aller Bestimmungen der Verordnung **in die Rechtssphäre der Antragstellerin**

19.09.2014, [B 828/2012](#)

Allgemeines SozialversicherungsG; VerfahrensO zur Herausgabe des Erstattungskodex; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Abweisung des Antrags auf **Änderung des Regeltextes** für die Verschreibung der Arzneispezialität Azilect mangels zusätzlichen therapeutischen Nutzens im Vergleich zu frei verschreibbaren, pharmakologisch verwandten Arzneimitteln

22.09.2014, [B 1244/2013](#)

SicherheitspolizeiG; AVG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch einen **Ersatzbescheid** des UVS Wien **betreffend eine Maßnahmenbeschwerde**; **Willkür** durch völliges Außerachtlassen der Regelung des AVG über den Grundsatz der Unmittelbarkeit sowie wegen neuerlicher Aktenwidrigkeiten

25.09.2014, [V 65/2014](#) (Anlassfall [B 874/2013](#))

NÖ RaumordnungsG; Gesetzwidrigkeit des örtlichen Raumordnungsprogrammes der Marktgemeinde Eichgraben hinsichtlich der **Umwidmung** einer Grundfläche von **Bauland-Wohngebiet in Grünland-Grüngürtel** wegen **mangelnder Grundlagenforschung**; keine hinreichende Dokumentation einer wesentlichen Änderung der Planungsgrundlagen

26.09.2014, [B 1504/2013 ua](#)

Stmk PflichtschulerhaltungsG; FinanzausgleichsG 2008; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch **Vorschreibung von Schulerhaltsbeiträgen**; Kostentragungsregel des Stmk PflichtschulerhaltungsG betreffend den **Aufteilungsschlüssel für Schulerhaltsbeiträge** auf die zum Schulsprengel gehörenden Gemeinden sachlich und nicht exzessiv

26.09.2014, [E 304/2014](#)

BundesvergabeG; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch **Ausschluss einer Bietergemeinschaft** von der Teilnahme am Vergabeverfahren wegen Eröffnung des **Insolvenzverfahrens** über das Vermögen eines ihrer Mitglieder; **VwG** angesichts der Möglichkeit einer (ordentlichen oder außerordentlichen) Revision an den Verwaltungsgerichtshof **kein letztinstanzliches vorlagepflichtiges Gericht**

26.09.2014, [U 1939/2012 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens infolge verfassungswidriger Überprüfung der Aufhebung des faktischen Abschiebeschutzes

27.09.2014, [E 54/2014](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung von internationalem Schutz und Zurückverweisung des Verfahrens hinsichtlich einer Rückkehrentscheidung an das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl **mangels Ermittlungen zur aktuellen Lage in der Heimatregion** des nigerianischen Beschwerdeführers

29.09.2014, [U 2699/2013](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Asylantrags eines afghanischen Staatsangehörigen; willkürliche Verneinung einer asylrelevanten Verfolgung wegen Zugehörigkeit zur sozialen Gruppe der Familie infolge Annahme des Fehlens einer Kausalität für die Verfolgung

07.10.2014, [E 707/2014](#)

Tir BauO; **Tir LandesverwaltungsgerichtsG**; **VwGVG**; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte aufgrund der **Beziehung eines Amtssachverständigen durch ein LVwG** bei Entscheidung über eine Nachbarbeschwerde gegen die Errichtung eines Pferdestalls; keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Heranziehung von Amtssachverständigen auch in Verfahren vor Verwaltungsgerichten; keine Weisungsgebundenheit von Amtssachverständigen hinsichtlich des Inhaltes ihrer Gutachten; Erforderlichkeit der Prüfung der Unbefangenheit von Amtssachverständigen durch das VwG

07.10.2014, [U 2459/2012 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens durch Ausweisung einer seit mehr als sechs Jahren in Österreich lebenden armenischen Familie; verfassungswidrige Interessenabwägung im Hinblick auf die Ausweisung des minderjährigen Drittbeschwerdeführers infolge dessen **überdurchschnittlicher Integration** angesichts seines **mehnjährigen erfolgreichen Schulbesuchs an einer höheren Schule**

B. Verwaltungsgerichtshof

12.08.2014, [2012/10/0088](#)

UmweltverträglichkeitsprüfungsG; in einer Konstellation, in der ein **Bescheid die notwendige Grundlage für die Erlassung eines anderen Bescheids** bildet, wird im Fall der Aufhebung des erstgenannten Bescheids infolge der **ex tunc-Wirkung** auch dem darauf aufbauenden Bescheid die Rechtsgrundlage entzogen und ist dieser gleichfalls aufzuheben, weil er mit dem zunächst erlassenen (aufgehobenen) Bescheid in einem untrennbaren Zusammenhang steht; mit § 24f Abs 3 erster Satz UmweltverträglichkeitsprüfungsG wird eine Pflicht zur Berücksichtigung der Ergebnisse der UVP festgelegt, nicht aber eine Bindung an diese

12.08.2014, [2013/10/0203](#)

Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG; **VStG**; vom **verantwortlichen Beauftragten** eines österreichweit tätigen Lebensmittel-Handelsunternehmens ist im Rahmen der nach seinen Verhältnissen erforderlichen Sorgfalt zu fordern, sich bei der Rechtsfrage, welches Verhalten eine einschlägige unionsrechtliche Bestimmung verlangt bzw verbietet, nicht bloß auf die nicht begründete Auskunft eines SV aus einem naturwissenschaftlichen Fach zu verlassen, sondern sich

entsprechend **juristisch fundierte Auskunft** einzuholen; bereits darin, dass dies unterlassen wird, liegt ein fahrlässiges Verhalten

12.08.2014, [Ro 2014/10/0065](#)

ArzneimittelG; § 10 ArzneimittelG schützt den Inhaber der Zulassung für das Referenzarzneimittel für eine bestimmte Zeit vor der Verwendung der von ihm - unter erheblichem Kostenaufwand - erstellten bzw erwirkten Unterlagen ohne seine Zustimmung; insoweit räumt § 10 ArzneimittelG dem Inhaber des Referenzarzneimittels als von der **Zulassung eines Generikums** besonders betroffenen Person ein – zeitlich begrenztes – **subjektives Recht** (auf „Unterlagenschutz“) ein

26.08.2014, [Ro 2014/02/0106](#)

VwGG; die Neuordnung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens und damit verbunden der Zuständigkeitsübergang für das nunmehr zu beurteilende Verwaltungsstrafverfahren auf das VwG ändert nichts an dem aus verfassungsrechtlichen Gründen gebotenen **Anspruch auf Entscheidung über die Berufung (nunmehr: Beschwerde) gegen ein Straferkenntnis binnen angemessener Frist**; entscheidet das VwG über ein nach Ablauf der **fünfzehntonatigen Frist des § 43 Abs 1 VwGGV** als aufgehoben geltendes verwaltungsbehördliches Straferkenntnis, so belastet das VwG dadurch seine Entscheidung mit Rechtswidrigkeit des Inhaltes

27.08.2014, [2012/05/0027](#)

NÖ BauO; zum **Verlust der Parteistellung** kommt es, wenn nur unzulässige Einwendungen erhoben werden, worunter vor allem solche Einwendungen zu verstehen sind, mit welchen Rechte geltend gemacht werden, für welche der Partei im **Gesetz kein Nachbarrecht zuerkannt** worden ist; die Widmungswidrigkeit eines Bauvorhabens kann vom Nachbarn nur dann als Nachbarrecht geltend gemacht werden, wenn die **Widmung einen Immissionsschutz** enthält

27.08.2014, [2013/05/0043](#)

BauO für Wien; Wr KleingartenG; wenn § 15 Abs 1 letzter Satz Wr KleingartenG bestimmt, **dass „Baulichkeiten“ der „bestehenden Höhenlage“ möglichst „anzupassen“ sind**, so kann schon nach dem Wortlaut und dem Zusammenhang der Worte kein Zweifel bestehen, dass mit der „bestehenden Höhenlage“ jenes Niveau gemeint ist, das ohne diese Baulichkeiten und vor ihrer Errichtung vorhanden ist, und dass somit jede Geländeänderung unter der und rund um die Baulichkeit im Zusammenhang mit der Frage der „Anpassung“ von maßgeblicher Bedeutung ist; Voraussetzung für eine zulässige Geländeänderung ist jedenfalls, dass eine für sich rechtmäßige Baulichkeit errichtet wird

27.08.2014, [Ra 2014/05/0007](#)

Oö Raumordnungsg; ist die Rechtslage nach den in Betracht kommenden Normen klar und eindeutig (hier: **§ 30 Abs 5 erster Satz des Oö Raumordnungsg**), dann liegt keine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung iSd Art 133 Abs 4 B-VG vor, und zwar selbst dann, wenn zu einer dieser anzuwendenden Normen noch keine Rsp des VwGH ergangen wäre

27.08.2014, [Ra 2014/05/0010](#)

Oö Raumordnungsg; Oö BauO; ist die Rechtslage nach den in Betracht kommenden Normen klar und eindeutig (hier: **dass dem Nachbarn hinsichtlich der Gewährleistung der dörflichen Struktur iSd § 22 Abs 2 Oö Raumordnungsg kein Mitspracherecht zukommt**), dann liegt keine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung iSd Art 133 Abs 4 B-VG vor, und zwar selbst dann, wenn zu einer dieser anzuwendenden Normen noch keine Rsp des VwGH ergangen wäre

27.08.2014, [Ro 2014/05/0030](#)

VwGG; Unkenntnis des Gesetzes oder Rechtsirrtum (hier: in Bezug auf § 4 VwGbk-ÜG 2013) stellt für sich allein kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis dar, das die Voraussetzung für eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bilden könnte

17.09.2014, [2012/10/0019](#)

Sbg NaturschutzG; Sbg Allemeine LandschaftsschutzVO; begründet die Behörde, das Vorliegen einen **naturschutzrechtlichen Bewilligungspflicht** lapidar mit den Worten, dass diese „sehr wohl“ vorliege, ohne auf die Frage einzugehen, ob eine „Anlage“ iSd § 2 Z 1 der Sbg Allemeinen LandschaftsschutzVO vorliegt, und ohne zu prüfen, ob etwa das Lagern von Biertischen und Sitzbänken als „nicht nur kurzfristige Aufstellung oder Verankerung“ von nicht unter Z 1 fallenden Anlagen zu qualifizieren ist, fehlt es an einer tragfähigen Grundlage für die Annahme, es seien bewilligungspflichtige Vorhaben ohne Bewilligung ausgeführt worden

17.09.2014, [2012/10/0045](#)

StudienförderungsG; UniversitätsG; gem § 20 Abs 2 StudienförderungsG liegt ein **günstiger Studienerfolg** ua nicht vor, wenn die bzw der Studierende die erste Diplomprüfung des Studiums nicht innerhalb der zweifachen vorgesehenen Studienzeit zuzüglich eines weiteren Semesters absolviert hat; der Behörde ist nicht entgegen zu treten, wenn sie sich zur Auslegung des § 13 Abs 2 StudienförderungsG als maßgebliche Studienvorschrift zunächst auf § 52 UniversitätsG sowie die aufgrund dessen vom Senat zu erlassenden Bestimmungen über Beginn und Ende der Semester und der lehrveranstaltungsfreien Zeit beruft

17.09.2014, [2012/10/0046](#)

Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG; VO (EG) 178/2002; bei der Bereitstellung von Wasser handelt es sich um **keine „Erzeugung, Aufzucht oder den Anbau von Primärprodukten“** iSd Legaldefinition Art 3 Abs 1 Z 17 der VO (EG) 178/2002, weshalb die Wasserversorgung aus einer privaten Wasserversorgungsanlage, aus der die Miteigentümer sowie deren Haushaltsangehörige Wasser beziehen, nicht gem § 1 Abs 2 Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG („Primärproduktion für den privaten häuslichen Gebrauch“) vom Anwendungsbereich des Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG ausgenommen ist; die Ausnahmeregelung in § 3 Z 9 Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG („sofern dies nicht im Rahmen des familiären Verbandes erfolgt“) kommt dann nicht in Betracht, wenn die Abgabe des Wassers (auch) an Miteigentümer (und deren Haushaltsangehörige), und sohin an Personen erfolgt, die keinem gemeinsamen Familienverband angehören

C. Verwaltungsgerichte

BVwG 15.10.2014, [W102 2009977-1](#)

UVP-G; HochleistungsstreckenG; das öffentliche Interesse an der Schaffung einer zukunftsorientierten und leistungsfähigen Eisenbahn-Fernverkehrsverbindung überwiegt gegenüber öffentlichen Interessen der Gebietskörperschaften und subjektiven Interessen von Parteien; durch die Erklärung der Strecke Gloggnitz - Mürzzuschlag zur Hochleistungsstrecke, kommt dieser eine besondere Bedeutung für einen leistungsfähigen Verkehr zu; die Strecke ist Teil des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN); **Bau des Semmering Basistunnel** neu steht im Zusammenhang mit der Modernisierung der Südbahn und ist wesentlich für die standortpolitische Aufwertung des verkehrsgeographisch benachteiligten Südostens und Südens Österreichs; Finalisierung einer modernen Verbindung zwischen den Wirtschaftszentren Wien, Graz und dem Kärntner Zentralraum; diese Annahmen der belangten Behörde sind nicht von vornherein als un schlüssig zu erkennen, weshalb den vorliegenden Anträgen auf **Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung** kein Erfolg beschieden ist

LVwG NÖ 05.09.2014, [LVwG-WU-13-1029](#)

GlücksspielG; dem **englischen Gesellschaftsrecht** ist entgegen dem österreichischen eine formale Trennung von Leitung und Kontrollfunktion durch Zuweisung an unterschiedliche Gesellschaftsorgane fremd; charakteristisch ist die Zusammenfassung von Leitungs- und Kontrollfunktion in einem einzigen Organ, das im englischen Gesellschaftsrecht als „**board of directors**“ bezeichnet wird; dass im Fall eines **monistischen Systems die Geschäftsführungs- und Kontrollfunktion** in einem einzigen Organ vereint wird, trifft nur dann zu, wenn innerhalb des „board“ die Kompetenzen zwischen geschäftsführenden (executive) und nichtgeschäftsführenden (non-executive) Mitgliedern verteilt werden; die nichtgeschäftsführenden Mitglieder haben dann eine Überwachungs- und Kontrollfunktion, in etwa vergleichbar einem Aufsichtsrat

LVwG Tir 19.05.2014, [LVwG-2014/26/1301-1](#)

AVG; VwGVG; die **Bestellung eines nichtamtlichen SV** hat diesem gegenüber den Charakter eines verfahrensrechtlichen Bescheids, **gegenüber der Partei den Charakter einer Verfahrensordnung**, da die verfahrensrechtliche Rechtsstellung der Parteien des Verwaltungsverfahrens dadurch nicht berührt wird; gem § 7 Abs 1 VwGVG ist gegen Verfahrensordnungen im Verwaltungsverfahren eine abgesonderte Beschwerde an das VwG nicht zulässig

LVwG Tir 14.07.2014, [LVwG-2014/41/0123-7](#)

Tir NaturschutzG; eine **geschlossene Ortschaft** endet mit dem letzten Gebäude; das Gebiet in einem Umkreis von 50 m ist als nicht zur geschlossenen Ortschaft gehörig zu qualifizieren; der im Gesetz definierte Bereich „**außerhalb einer geschlossenen Ortschaft**“ beginnt **ab dem ersten Zentimeter** im Anschluss an ein Gebäude, welches in eine Richtung in der Entfernung von 50 m kein weiteres Gebäude aufweist; Gebäude am Rand des verbauten Gebiets besitzen kein „Umfeld“, innerhalb dessen Bereich Werbeeinrichtungen noch zur geschlossenen Ortschaft zählen würden

LVwG Vbg 27.10.2014, [LVwG-465-001/R3-2014](#)

ZiviltechnikerG; einzelne auf einer Erklärung geleistete Unterschriften auf eine einzige (Gesamt-)Erklärung zusammenzukopieren bzw digital zu verschieben, übersteigt in disziplinarrechtlicher Hinsicht nicht jenes Ausmaß, das die Annahme eines zu ahndenden Disziplinarvergehens rechtfertigen würde, da einerseits die Unterschrift des Bürgermeisters tatsächlich vorgelegen ist und andererseits beim Vermessungsamt eine derartige Praxis toleriert wurde; gegen einen „**Nichteinleitungsbeschluss**“ nach § 62 Abs 1 ZiviltechnikerG ist ein **Rechtsmittel zulässig**; einerseits lässt sich aus der Bestimmung des § 62 Abs 3 leg cit nichts Gegenteiliges ableiten, andererseits ergibt sich dies auch aus einer verfassungskonformen Interpretation dieser Bestimmung

LVwG Wien 04.09.2014, [VGW-102/013/7034/2014](#)

WaffenG; StrafprozessO; RichtlinienVO; Bedrohungsszenarien sollen vorzugsweise nicht von den damit überforderten „gewöhnlichen“ Beamten gelöst werden, sondern von **Spezialeinheiten**; RichtlinienVO sieht in ihrem § 1 Abs 2 ein solches Einschreiten in bestimmten Fällen verpflichtend vor; es ist daher auch unerheblich, ob anderenfalls – das heißt wenn nicht von einer möglichen Geisellage ausgegangen worden wäre – nur die (häufig für Abschiebungen mit Konfliktpotential herangezogene) W und nicht das EKO C eingeschritten wäre; Tatsache ist, dass die Beamten Verstärkung benötigten, weil sie sich vom Bf mit einem spitzen Gegenstand in vertretbarer Weise bedroht fühlten

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[05.11.2014, Rs C-476/12, Österreichischer Gewerkschaftsbund](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung – Sozialpolitik** – Rahmenvereinbarung über **Teilzeitarbeit – Diskriminierungsverbot** – Kollektivvertrag, der eine **Kinderzulage** vorsieht – Berechnung der Zulage, die Teilzeitbeschäftigten nach dem **Pro-rata-temporis-Grundsatz** gezahlt wird

[05.11.2014, Rs C-103/13, Somova](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit** – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 12, 45, 46 und 94 – Nationale Regelung, nach der eine **Rente unter der Voraussetzung einer Unterbrechung von Rentenbeitragszahlungen** gewährt wird – **Erwerb fehlender Versicherungszeiten durch Nachentrichtung von Beitragszahlungen** – Zusammenfallen von **Versicherungszeiten in mehreren Mitgliedstaaten** – Wahlrecht des Versicherten, vom Grundsatz der Zusammenrechnung der Beitrags- und Versicherungszeiten abzuweichen – **Entzug der gewährten Rente und Rückforderung des zu viel gezahlten Betrags** – Pflicht zur Zahlung von Zinsen

[05.11.2014, Rs C-137/13, Herbaria Kräuterparadies](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung – Landwirtschaft** – Gemeinsame Agrarpolitik – Ökologische/biologische Produktion und **Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen** – Verordnung (EG) Nr 889/2008 – Art 27 Abs 1 Buchst

f – Verwendung bestimmter Erzeugnisse und Stoffe bei der Verarbeitung von Lebensmitteln – **Verbot der Verwendung von Mineralstoffen, Vitaminen, Aminosäuren und Mikronährstoffen**, sofern ihre Verwendung nicht gesetzlich vorgeschrieben ist – Zugabe von Eisengluconat und Vitaminen zu einem ökologischen/biologischen Getränk – Verwendung von Mineralstoffen, Vitaminen, Aminosäuren und Mikronährstoffen – Mengen, die für die Zulassung als Nahrungsergänzungsmittel mit einer **nährwert- oder gesundheitsbezogenen Angabe** oder als **Lebensmittel für eine besondere Ernährung** erforderlich sind

[05.11.2014, Rs C-166/13, Mukarubega](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Visa, Asyl, Einwanderung** und andere Politiken betreffend den **freien Personenverkehr** – Richtlinie 2008/115/EG – **Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger** – Verfahren zum Erlass einer Rückkehrentscheidung – **Grundsatz der Wahrung der Verteidigungsrechte** – Recht eines illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen, vor Erlass einer Entscheidung, die seine Interessen beeinträchtigen kann, angehört zu werden – Mit einer Verpflichtung zum Verlassen des Hoheitsgebiets versehene Weigerung der Verwaltung, einem solchen Drittstaatsangehörigen einen Aufenthaltstitel wegen Asyls zu erteilen – **Recht auf Anhörung vor Erlass der Rückkehrentscheidung**

[05.11.2014, Rs C-311/13, Tümer](#)

Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers – Richtlinie 80/987/EWG – Drittstaatsangehöriger Arbeitnehmer ohne gültige Aufenthaltserlaubnis – **Versagung des Anspruchs auf Leistungen bei Insolvenz**

[05.11.2014, Rs C-402/13, Cypra](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Landwirtschaft – **Gesundheitspolizei** – Verordnung (EG) Nr 854/2004 – **Zum menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs** – Amtliche Überwachung – Bestimmung eines amtlichen Tierarztes – **Tierschlachtung**

[06.11.2014, Rs C-4/13, Fassbender-Firman](#)

Soziale Sicherheit – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – **Familienleistungen** – Regeln für den Fall der **Kumulierung von Ansprüchen auf Familienleistungen**

[06.11.2014, Rs C-42/13, Cartiera dell'Adda und Cartiera di Cologno](#)

Öffentliche Aufträge – **Grundsätze der Gleichbehandlung und der Transparenz** – Richtlinie 2004/18/EG – Gründe für einen **Ausschluss von der Teilnahme** – Art 45 – **Persönliche Lage des Bewerbers** bzw Bieters – Obligatorische Erklärung über die **Person, die als ‚technischer Leiter‘ bezeichnet wird** – Fehlen der **Erklärung im Angebot** – Ausschluss vom Vergabeverfahren ohne Möglichkeit einer Behebung dieses Mangels

[06.11.2014, Rs C-108/13, Mac](#)

Freier Warenverkehr – Mengenmäßige Beschränkungen – **Maßnahmen gleicher Wirkung** – Phytosanitäre Erzeugnisse – Genehmigung für das Inverkehrbringen – **Parallelimport** – Erfordernis einer im Ausfuhrstaat gemäß der Richtlinie 91/414/EWG erteilten **Genehmigung für das Inverkehrbringen**

[06.11.2014, Rs C-335/13, Feakins](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Gemeinsame Agrarpolitik** – Betriebsprämienregelung – Verordnung (EG) Nr 795/2004 der Kommission – Art 18 Abs 2 – **Nationale Reserve** – Härtefälle – **Grundsatz der Gleichbehandlung**

[06.11.2014, Rs C-395/13, Kommission / Belgien](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Kommunales Abwasser** – Richtlinie 91/271/EWG – Art 3 und Art. 4 – **Verpflichtung zur Sammlung** – **Verpflichtung zur Behandlung**

[06.11.2014, Rs C-546/13, ADL](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Verordnung (EWG) Nr 2658/87 – **Gemeinsamer Zolltarif** – Tarifierung – Kombinierte Nomenklatur – Positionen 8471 und 8518 – **Boxen, die den Ton durch Umwandlung eines elektromagnetischen Sig-**

nals in Schallwellen wiedergeben, nur an einen Computer angeschlossen werden können und getrennt vertrieben werden

B. Schlussanträge

[05.11.2014, Rs C-477/13, Angerer \(GA Szpunar\)](#)

Freizügigkeit – **Niederlassungsfreiheit** – Richtlinie 2005/36/EG – **Anerkennung von Berufsqualifikationen** – Zugang zum **Architektenberuf** – **Migrant**, der Inhaber eines in Anhang V Nr 5.7 der Richtlinie 2005/36/EG nicht aufgeführten Diploms ist – Art 10 – Bedeutung der Wendung ‚**besondere und außergewöhnliche Gründe**‘ – **Begriff des ‚Architekten‘**

[06.11.2014, Rs C-499/13, Macikowski \(GA Kokott\)](#)

Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Art 193, Art 199 Abs 1 Buchst g sowie Art 204 bis 206 der Richtlinie 2006/112/EG – **Lieferung einer Immobilie im Wege einer Zwangsversteigerung** – **Pflicht des beteiligten Gerichtsvollziehers zur Ermittlung, Einziehung und Entrichtung der Mehrwertsteuer** – Haftung für die nicht entrichtete Steuer – **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit** – Grundsatz der steuerlichen Neutralität

[06.11.2014, Rs C-564/13 P, Planet / Kommission \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – Art 272 AEUV – **Schiedsklausel** – **Feststellungsklage** – **Rechtsschutzinteresse**

C. Gericht

[05.11.2014, Rs T-422/11, Computer Resources International \(Luxemburg\) / Kommission](#)

Öffentliche Dienstleistungsaufträge – **Ausschreibungsverfahren** – Erbringung der EDV-Dienste Software-Entwicklung, Pflege, Beratung und Unterstützung für verschiedene Typen von IT-Anwendungen – **Ablehnung des Angebots eines Bieters** – **Ungewöhnlich niedriges Angebot** – Art 139 Abs 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr 2342/2002 – **Begründungspflicht** – **Wahl der Rechtsgrundlage** – **Ermessensmissbrauch**

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

04.11.2014, Beschwerde Nr. [29217/12](#), *Tarakhel / Schweiz*

Verletzung von Art 3 EMRK (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); **Ausweisung** der bf afghanischen Familie mit sechs minderjährigen Kindern aufgrund der **Dublin-Verordnung** nach Italien **konventionswidrig**, da zuvor **keine** überzeugende **Einzelgarantie der italienischen Behörden** eingeholt wurde, dass die Familie dort dem Alter der Kinder entsprechend behandelt und nicht getrennt wird

04.11.2014, Beschwerde Nr. [38963/08](#), *Sociedad Anónima del Ucieza / Spanien*

Verletzung von Art 6 Abs 1 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren) und **Art 1 1. ZP EMRK** (Eigentumsfreiheit); Eintragung des Eigentums einer **Diözese** im **Grundbuch** an einer Kirche, die sich auf dem Grundstück des bf Unternehmens befindet; Eigentumsentziehung stellt **individuelle und exzessive Last** für Bf dar, die nur durch die Eröffnung eines **angemessenen Rechtsschutzes** auszugleichen ist

04.11.2014, Beschwerde Nr. [30162/10](#), *Braun / Polen*

Verletzung von Art 10 EMRK (Recht auf freie Meinungsäußerung); **konventionswidrige Verurteilung** eines **Historikers** zu Entschädigungszahlungen wegen **Rufschädigung** aufgrund der Behauptung, dass ein bekannter Professor Informant

der politischen Geheimpolizei in der Zeit des Kommunismus gewesen sei; hinsichtlich der Richtigstellung sei **kein höherer Standard als bei Journalisten** anzuwenden

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Bau-recht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwal-tungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Dr. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.